

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Kreisverlag: Tagesblatt Riesa.
Herausg. Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkontos: Dresden 1530
Circuloffiz Riesa Nr. 52.

Nr. 19.

Sonnabend, 23. Januar 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grands reis für die 32 mm breite, 5 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 32 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und tabellarischer Satz 50%, Zuschlag, feste Tarife. Bewilligte Rabatte erlöschen, wenn der Betrag verfallen, durch Rüge eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige-Unterhaltungs-Beilage „Ergötzer an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Eigentümer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterisch, Riesa. Geschäftsstelle: Gostelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die proletarische Einheitsfront.

Die Hartnäckigkeit, mit der die sozialdemokratische Partei allen Versuchen, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen, Widerstand entgegensetzte, ließ schon damals erkennen, daß in ihren Kreisen sich Tendenzen durchzubrühen vermochten, die den politischen Kurs der Partei eine andere Richtung geben wollten. Die Annahme hat sich inzwischen als durchaus richtig erwiesen. Die kommunistisch-sozialdemokratische Einigung in der Frage des Volksentscheids über die Fürstenabfindung zeigt nun klar, daß die Sozialdemokratie aus rein parteitaktischen Gründen die Absicht hat, nach links Anschluß zu suchen. Woher kommt nun diese plötzliche Umkehrung des politischen Kurses? Die Frage ist leicht zu beantworten. In den letzten Jahren der schweren wirtschaftlichen Lage war es den Kommunisten leicht gemacht, durch ihr mit allen möglichen Utopien vollgestopftes Programm zahlreiche neue Anhänger in ihre Kreise aufzunehmen. Der Sozialdemokratie, die längere Zeit an der Regierung unmittelbar beteiligt war, und auch später noch bei großen außenpolitischen Fragen dem Kabinett ihre Unterstützung ließ, war durch ihr politisches Wirken an den Geschicken des Reiches nicht die Möglichkeit gegeben, klassenkämpferische Ziele in der Schärfe anzustreben, wie es den von jeder Verantwortung befreiten Kommunisten gegeben war. Es ist daher begreiflich, daß die verheerenden Massen der Arbeiterpublikums, durch die wirtschaftliche Krise in schwere Not gebracht, den so tief einschneidenden Reformplänen der Kommunisten größere Sympathie entgegenbrachten, als den Bestrebungen der Sozialdemokratie, die sich nicht ganz von dem Boden der Tatsachen löst. Diese Erkenntnis ergab den Zwiespalt der Meinungen im sozialdemokratischen Lager. Wohl erkannten einige der prominenten Führer, daß die Stunde es dringend gebot, das Aktionsprogramm der Partei den wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten anzupassen. Andererseits stellten die Parteifunktionäre und Gewerkschaftsführer mit immer größerer Beforgnis den immer stärker werdenden Zulauf ihrer Wähler zur kommunistischen Partei fest. Aus diesem Zerwürfniß ergab sich die Frage, Partei oder Vaterland. Dem international eingehaltenen Programm entsprechend gab man schließlich den Parteifunktionären den Vorrang. Somit ergab sich logisch die Lösung der Partei von der politischen Mitarbeit und die Schwärzung zur strikten Opposition. Wenn in Fragen der Außenpolitik diese Regierung bis jetzt noch nicht so scharf in Erscheinung tritt, so haben doch die sozialdemokratischen Forderungen auf sozialem und innenpolitischem Gebiet gezeigt, wohin die Orientierung der Partei gehen soll. Immer mehr schwanden die Bindungen, die die Sozialdemokratie noch mit dem linken Flügel der bürgerlichen Parteien hatten. Ging sie zunächst mit den Demokraten in der Frage der Fürstenabfindung in gemeinsame Front, so haben sie jetzt diese Basis verlassen, um sich von den Kommunisten den Vorrang in dieser Angelegenheit nicht ablassen zu lassen. Die gemeinsame Besprechung der bürgerlichen Parteien hat sich soweit zu einer Einigung verwickelt, daß man jetzt geneigt ist, dort die Frage der Fürstenabfindung durch ein Sondergericht entscheiden zu lassen. Sollten sich die Demokraten diesem Kompromiß anschließen, so wäre für sie das Verlangen eines Volksentscheides erledigt. Sozialdemokraten und Kommunisten ständen also mit diesem Punkt alleine da. Es wird sich nun entscheiden müssen, ob diese beiden sich bis jetzt so heftig bekämpfenden Parteien sich auf ein gemeinsames Programm in der Fürstenabfindungsfrage einigen. Sollte sich dies nicht bewerkstelligen lassen, so werden sie auch dem Volksentscheid verschiedene Gesetzentwürfe zu Grunde legen müssen.

Da es für die Kommunisten allein unmöglich sein wird, die nötigen 4 Millionen Stimmen in den Eintragslisten zu sammeln, und ihnen allein daher die Herstellung eines Volksentscheides nicht gegeben sein wird, so wird das Fraktions des Kommunisten Vorgehens nur dazu dienen, die Gegensätzlichkeit zwischen ihnen und der sozialdemokratischen Partei zu verschärfen. Der Sozialdemokratie dagegen wird es schon auf Grund ihres entschiedenen größeren Wähleranzahl möglich sein, den Volksentscheid herbeizuführen. Bei ihrem Antrag werden sie aber sicher dann nicht die Kommunisten auf ihrer Seite haben, da diese Partei nach ihrer Niederlage viel zu verärgert sein dürfte, um sich jetzt an dem sozialdemokratischen Vorgehen zu beteiligen. Aus diesen Erwägungen heraus hat die sozialdemokratische Partei jetzt schon ihre Blicke auf die Schaffung einer proletarischen Einheitsfront gerichtet. Die Partei hat aber bei diesen Bestrebungen den Nachteil, daß die Kommunisten mit ihrem Antrag und ihrem Entwurf schon einen Vorrang gewonnen haben. Um diese proletarische Einheitsfront daher schon im Anfang nicht scheitern zu lassen, wird ihnen wohl oder übel nichts anderes übrig bleiben, als die kommunistischen Bedingungen in der Fürstenabfindungsfrage anzunehmen. Da jedoch der Kompromiß zwischen den bürgerlichen Parteien inzwischen zustande gekommen sein dürfte, so stände diese proletarische Einheitsfront der Sozialdemokraten und Kommunisten mit ihrem Antrag auf entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser allein da. Die Parole der Stimmhaltung, die von den bürgerlichen Parteien ausgegeben würde, würde es den vereinigten Sozialdemokraten und Kommunisten unmöglich machen, die rund 20 Millionen Ja-Stimmen, die die Annahme des Antrages zur Voraussetzung haben, aufzubieten. Es zeigt sich daher schon jetzt, daß der Volks-

entscheid, auch wenn er von Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam beantragt wird, nicht zustande kommen dürfte. Das wäre die erste Niederlage der neuerschaffenen proletarischen Einheitsfront, die letzten Endes nur dazu dienen wird, die Verwitterung in den verheerten Massen zu steigern und die Ruhe im Innern, die wir so notwendig brauchen, völlig unmöglich zu machen.

Sur Durchführung des Volksentscheids.

Berlin. Im Reichstag traten am Freitag nachmittags unter dem Vorsitz eines Vertreters des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, der Kommunistischen Partei und des Ausschusses zur Durchführung des Volksentscheids zusammen, um eine Einigung aller Beteiligten auf einen gemeinsamen Entwurf für ein Gesetz zur entschädigungslosen Enteignung der Fürstenhäuser herbeizuführen. Es ergab sich, daß über die grundsätzlichen Fragen Einigkeit bestand und daß auch die beiden Entwürfe, der bereits eingeleichte und der von der Sozialdemokratischen Partei vorgelegte, grundsätzlich nicht voneinander abwichen. Eine engere Kommission wurde eingesetzt, die unter Zugrundelegung beider Entwürfe einen gemeinsamen Entwurf auszuarbeiten soll. Der Gesamtschluß wird am Sonnabend nachmittags wieder zusammengetreten, um möglichst einen endgültigen Beschluß über den einzureichenden gemeinsamen Antrag zu fassen.

Regierungspräsident Dr. Haslunde Reichsernährungsminister.

Berlin. Der Herr Reichspräsident hat den Regierungspräsidenten in Münster, Dr. Haslunde, zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ernannt.

Die Landbahn des neuen Reichsernährungsministers. * Münster. Der neue Reichsernährungsminister Dr. Heinrich Haslunde ist am 21. Mai 1881 in Berlin geboren. Er besuchte dort das Gymnasium und studierte an den Universitäten in Bonn, Heidelberg, Münster, Paris und Berlin. Dann war er als Gerichtsreferendar und später als Regierungsrat tätig. 1906 wurde er in Leipzig zum Dr. jur. promoviert. Als Offizier war er dann bei den Landratsämtern in Brilon, Hörde und Arnsberg tätig. Am 21. Dezember 1910 wurde er Landrat in Arnsberg. Den Krieg machte er als Batteriechef mit und erwarb sich neben anderen Auszeichnungen das Eiserne Kreuz 1. Klasse. Am 17. Oktober 1922 wurde er anstelle des auscheidenden Grafen von Merfeldt Regierungspräsident von Münster.

Empfang beim Reichspräsidenten. Berlin. (Funkspruch.) Der Herr Reichspräsident empfing heute den neuernannten Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Haslunde.

Abwartende Haltung der Wirtschaftspartei.

Berlin. Im Reichstag war der gestrige Nachmittag nach dem frühen Schluß der Vollversammlung der Wirtschaftspartei vorbehalten. Die Wirtschaftspartei vereinigte sich über ihre Stellung zu dem neuen Kabinett. Die Beschlüsse, an der vor kurzem gefassten Entschließung festzuhalten, wonach sie der Regierung der Mitte gegenüber sich abwartend verhalten werde. Sie sehe dieser Regierung in sachlicher, aber nicht grundsätzlicher Opposition gegenüber und behalte sich alle Entscheidungen zu den Regierungsmassnahmen von Fall zu Fall vor.

Die Deutsche Volkspartei, die demokratische und die sozialdemokratische Partei hielten nur kurze Sitzungen ab. Gegenstand der Beratungen war u. a. bei der Volkspartei die Preisfestsetzung, bei den Demokraten die Fürstenabfindung und bei den Sozialdemokraten das Gemeindebestimmungsrecht.

Die Rückwirkungen des Vertrages von Locarno

Bildeten den Gegenstand der Erörterungen des Reichstagsausschusses für die besetzten Gebiete am Freitag. Den Verhandlungen wohnte bereits der neue Justizminister Marx in seiner Eigenschaft als Minister für die besetzten Gebiete bei.

Generalkom. Schmidt vom Ministerium für die besetzten Gebiete wies darauf hin, daß die Verhandlungen mit der Rheinlandskommission über die Rückwirkungen der Verträge von Locarno für das besetzte Gebiet natürlich eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen würden. Aber es ließe sich bereits jetzt erkennen, wie die Besatzungsbehörden sich allmählich auf den neuen Geist eingestellt haben. Gewalttätigkeiten sind nicht mehr vorgekommen. Versammlungen sind nicht verboten worden. Das Zivil-Delegiertensystem sei abgebaut und auch nicht durch ein militärisches Delegierten-System ersetzt worden. Inzwischen habe der neue Reichskommissar in Koblenz sein Amt angetreten und die Fühlung mit der Rheinlandskommission aufgenommen.

Unter den nächsten Aufgaben erwähnte der Generalkommissar die Beseitigung der Separatisten-Schwarzverwaltung

die Umgestaltung der Militärjustiz und die Modifikation der Ordnungen. An der Räumung der Kölner Zone zu Anfang Februar sei nicht zu zweifeln. Die Befestigung der zweiten und dritten Zone, die nur nocarno 80.000 Mann betrug, betrage jetzt nur noch 51.500. Diese geringe Verminderung entspreche aber noch immer nicht der Zulage der Postfachlieferanten, die Befestigungsstädte auf die Normalstufen herabzusetzen, d. h. nach deutscher Auffassung auf die Fortschärfe der damals deutschen Truppen im letzten besetzten Gebiet, also 50.000 Mann. Ebenso seien noch nicht die Besatzungsstellen bezüglich der Verminderung der Garnisonen erfüllt, von denen bisher nur acht verschwunden sind. Die französische Regierung habe aber bereits neuerliche Zusicherungen gemacht. Mit dem 1. April soll u. a. die Zahl der französischen Gendarmen auf ein Viertel herabgesetzt und die Zahl der verheirateten Unteroffiziere, die in besetzten Gebieten wohnen, vermindert werden. Auch die Räumung der überetatmäßigen Offiziere, die vielfach vorhanden war, soll künftig aufhören.

Es entwickelte sich im Anschluß an diese Vorlegungen eine ausgedehnte Debatte, in der u. a. Generalkommissar Schmidt mitteilte, daß gegenwärtig noch 230 Deutsche, die von den Besatzern der Besatzungsgruppen verurteilt wurden, in den Gefängnissen liegen. Es befinde sich hierunter aber kein einziger politischer Gefangener mehr. Wenn infolge der Zusammenlegung der Besatzungsgruppen in einem Orte besondere Wohnungsnot einträte, werde die Reichsregierung ihre Fürsorgeaktion fortsetzen und Spenden annehmen. Ein Mitglied des Ausschusses hob hervor, daß unter französischer Besetzung in Ludwigshafen neuerdings eine separatistische Bewegung entstanden sei und erinnerte daran, daß früher die Erwerbslosen die separatistischen Pläne unterstützt hätten. Gerade in der Pfalz sei jetzt wieder die Erwerbslosenfrage groß.

In einem einstimmig angenommenen Antrag wird die Regierung ersucht, darauf hinzuwirken, daß die Befestigung des Rheinlands und Abtrennung des Saargebietes vor Ablauf der Frist befristet werden. Bis dahin sollen die Besatzungsgruppen auf den deutschen Volkstruppen vermindert und die Zahl der besetzten Orte herabgesetzt werden. Zur Entlastung des Wohnungsmarktes sollen insbes. die Verheirateten der Besatzungsgruppen die besetzten Gebiete verlassen und die Gendarmerie und Gendarmenpolizei der Besatzung befristet werden.

Herr von Schröder (Zit.) sprach sein Bedauern aus, daß die Kreisdelegierten beispielsweise noch vielfach nicht verschwendet seien und die Besatzungen einfach nicht räumen. Ein schweres Kreuz für die Bevölkerung seien die französischen Gendarmen, sie müßten unbedingt abgebaut werden. In vielen Orten seien nur weinere Erleichterungen, aber keinerlei Erleichterung zu verzeichnen.

Herr Dalkraf (Dnat.) wünscht, daß der Reichskommissar nicht so sehr den Aus-Diplomaten spiele, wie es den Anschein habe, sondern müsse ihm wieder ein Beitrag gegeben werden. Die Hauptsache sei die Verminderung der Besatzungsgruppen. Bisher sei das besetzte Gebiet noch sehr enttäuscht über das Ausmaß der Rückwirkungen. Am Dienstag wird der Ausschuss die Hilfsaktion für die im Saargebiet beschäftigten, aber in Deutschland wohnenden Bergarbeiter beraten.

Scharfe Sparmassnahmen im Reichshaushalt.

Berlin. Wie wir erfahren, hat der Reichsparlamentarische Ausschuss weitere Massnahmen gefordert, die zu einer Entlastung des Reichshaushaltes führen sollen. Unter anderem soll nunmehr in der strengsten Weise von dem Spargelei Gebrauch gemacht werden, demnach würden nach der Zustimmung der Regierung, die als gesichert gelten darf, künftige Beamtenstellen nicht neu besetzt werden, bis ein bestimmter Stand der Beamtenzahl erreicht worden ist. Der Reichsparlamentarische Ausschuss hat auch den Vorschlag der Zusammenlegung von Ministerien hart propagandiert und wird dieses Ziel auch weiterhin verfolgen.

Neue Forderungen der Erwerbslosen.

Berlin. Wie wir hören, hat sich das neue Kabinett, neben anderen Fragen bereits eingehend mit der Erwerbslosenfrage beschäftigt. Es liegen neue Anträge der Einkommensteuer auf Erhöhung der Vorkostenunterstützung bis zu sechs Mark täglich vor. In amtlichen Kreisen werden die monatlichen Mittel, die dann für die Erwerbslosen aufgebracht werden müssen, auf etwa 100 Goldmillionen berechnet. Eine Entschädigung des Kabinetts liegt noch nicht vor.

Die Reparationslieferungen im Dezember.

Berlin. Für Frankreich sind im Laufe des Dezember 157 Reparationsverträge im Werte von insgesamt 10,6 Millionen Reichsmark genehmigt worden. Insgesamt betrug der Wert der seit dem Inkrafttreten des Sachverständigengerichtes bis Ende Des. 1925 abgeschlossenen Verträge auf Reparationslieferungen — ohne Rohle- und Farbstofflieferungen — 160,3 Millionen Reichsmark. Der größte Teil der Lieferungen ist für die stärksten Gebiete bestimmt gewesen.

Belgien hat im Dezember 106 Verträge im Gesamtwert von 4,8 Millionen Reichsmark abgeschlossen, seit Inkrafttreten des Sachverständigenplanes — wiederum ohne Rohle- und Farbstofflieferungen — Verträge über Reparationslieferungen im Werte von 22,4 Millionen Reichsmark abgeschlossen worden.